



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 348 (S. 267): Flächendeckende Einrichtung von Schulsozialarbeiterstellen (SPD)

Antrag Nr. 349 (S. 267): Ausbau der Schulsozialarbeit nach Prioritätenliste (GRÜNE)

Antrag Nr. 350 (S. 267): Flächendeckende und bedarfsorientierte Aufstockung der Schulsozialarbeit (KULT)

Antrag Nr. 351 (S. 267): Schulsozialarbeit an der Werner-von-Siemens-Werkrealschule (FÜR Karlsruhe)

Stadträtin Uysal (SPD): Einen flächendeckend in allen Schulstufen und Schulformen umfassenden Ausbau der Schulsozialarbeit, deren zentraler Auftrag darin besteht, die Angebote und Leistungen der Jugendlichen, allen Schülerinnen und Schüler einer Schule verfügbar zu machen, ist weiterhin unser Ziel. Schulsozialarbeit ist ein wichtiger und unverzichtbarer Akteur zur Gestaltung und Vernetzung von Bildung und der Kommune und trägt zur Entwicklung eines inklusiven Lebensraums bei. Schulsozialarbeit ist eine zusätzliche pädagogische Ressource, die den schulischen Alltag und das schulische Leben bereichert, aber für einige Schüler das Lernen auch erst möglich macht. Sie hat die Möglichkeit, Methoden und Herangehensweisen in die Schule einzubringen, die Lehrer durch ihren Lehrauftrag nicht realisieren können. Aus diesen Gründen fordern wir 4,75 Vollzeitstellen in der Schulsozialarbeit gemäß der Prioritätenliste aus dem Jugendhilfeausschuss vom 9. Mai 2018. Es wäre schön, wenn wir hier eine Mehrheit für diese Schulsozialarbeit finden würden. Denn diese pädagogische Arbeit ist wirklich unverzichtbar in den Schulen heutzutage. Wir würden uns über die Mehrheit hier freuen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Uns ist hier ein kleiner Tippfehler passiert. Wir sind auch für die 4,75 Stellen, die jetzt von der SPD beantragt sind. Das war die gleiche Grundlage.

Ich möchte noch erwähnen, ich freue mich sehr, dass über die Jahre hinweg, seit 1999, als der Beschluss gefasst wurde, sukzessive in jedem Doppelhaushalt Stellen zur Verfügung zu stellen, dies sehr erfolgreich praktiziert wurde und wir jetzt eine Grundversorgung haben. Die Grundversorgung bedeutet aber, dass es Schulen gibt, die einen sehr hohen Bedarf an Sozialarbeit haben, durch die Zusammensetzung ihrer Schülerschaft, durch die Anzahl der Schüler und dass jetzt der qualitative Ausbau fortgesetzt werden muss. Das bedeutet, dass

wir viele Schulen haben, die mit einer halben Stelle oder auch bei den beruflichen Schulen teilweise mit einer Stelle nicht mehr klar kommen. Denn Schulsozialarbeit bedeutet auch, dass Konflikte, dass besondere Bedürfnisse von Kindern, dass Lehrkräfte, die Beratungsbedarf haben, hier gut unterstützt werden, und dass deshalb jetzt mit diesen zusätzlichen Stellen auch schon der Einstieg in den qualitativen Ausbau der Schulsozialarbeit erfolgen kann. Deshalb jetzt dieser Antrag. Wir würden uns sehr freuen, wenn er vom gesamten Gemeinderat unterstützt wird.

Ergänzend möchte ich nur noch sagen, es wäre gut, wenn dann im Schulbeirat und im Jugendhilfeausschuss noch einmal eine Prioritätenliste vorgestellt wird, wie dann diese zusätzlichen Stellen priorisiert werden, damit wir auch einen Einblick haben, wie die künftige Unterstützung der Schulen erfolgt.

Stadtrat Braun (KULT): Die Schulsozialarbeit sorgt vordergründig für einen konfliktfreien Schulalltag. Sie unterstützt junge Menschen bei ihrer individuellen Entwicklung, beugt schulinternen Problemen vor und verhindert Bildungsbenachteiligungen. Das heute investierte Geld zahlt sich hier gleich doppelt aus, da es den Schülern und Lehrern einerseits den Schulalltag direkt vereinfacht, andererseits muss das Geld in Zukunft nicht an anderer Stelle in die Hand genommen werden, die aus der Folge schulischer Probleme entstehen.

Vor allem an beruflichen Schulen nehmen die Probleme stetig zu, auch aufgrund der Tatsache, dass unbegleitete minderjährige Ausländer ohnehin oft multiple Problemlagen wie psychische Erkrankungen oder Traumata mit in die neuen Schulen bringen. Diesem Bedarf muss Rechnung getragen werden. Wir fordern daher, die Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen flächendeckend und bedarfsgerecht aufzustocken. An jeder beruflichen Schule soll künftig mindestens eine Vollzeitstelle eingeplant werden.

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Der Antrag von uns bezieht sich speziell auf die Werner-von-Siemens-Schule. Das ist die einzige Ganztagswerkrealschule. Hier sammeln sich wirklich im sozialen Brennpunkt Schüler aus der ganzen Stadt. In der Südstadt gibt es keine Werkrealschule mehr, in vielen anderen Stadtteilen auch nicht. Daher kommen sie aus der ganzen Stadt zusammen. Deswegen ist es an diesem Ort besonders wichtig, dass eine verlässliche Freizeitbegleitung, -betreuung da ist. Es ist entscheidend, dass ein Vertrauensverhältnis aufgebaut wird, gerade für die Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern. Deswegen dieser Antrag. Die zwei halben Stellen wurden gestrichen bei der Sparrunde. Dann wurde gesagt, es kann mittels Vereinen und Lernbegleitung diese Lücke geschlossen werden. Aber genau das geht bei den vielen Wechsel, die dort stattfinden und bei den komplexen Sachlagen, nicht. Wir beantragen deswegen wieder zwei halbe Stellen für Freizeitpädagogen, Sozialarbeiter, die hier diese Lücke schließen. Es ist unbedingt notwendig an dieser Brennpunktschule im Norden unserer Stadt.

Stadtrat Hofmann (CDU): Gestatten Sie mir bei einer Stunde Redezeit vielleicht, da ich keine dritte Runde aufmachen wollte, noch drei kurze Sätze zu meinem sehr geschätzten Kollegen Hodapp zum vorherigen Thema.

Ich denke, wenn wir uns bei diesen Haushaltsberatungen nicht eindeutig gegen Rechts abgegrenzt haben, dann weiß ich nicht mehr, wie man dies weiter tun soll. Dies würde ich mir von den GRÜNEN einmal gegen die Antifa wünschen.

Jetzt zur Sache zurück. Bei den Schulsozialarbeitern sind wir uns wieder einig. Die CDU steht seit Jahren für den flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit. Wir haben uns immer in erster Linie mit engagiert. Leider Gottes sind wir davon ausgegangen, dass bereits einiges im Haushalt drin steht. Aber es ist natürlich vollkommen richtig, wir unterstützen auch diese 4,75 Stellen und hätten gerne, dass die im Haushalt eingestellt werden. Denn die Probleme an den Schulen, das wissen die hier anwesenden Lehrer viel besser als ich, nehmen nicht ab, sondern sie nehmen zu. Wir haben ein immer größer werdendes Problem. Die Lehrer sind dort oft allein gelassen. Von daher benötigen wir dies auch dringend, meiner Ansicht nach.

Die Kolleginnen Uysal und Rastätter haben bereits mehrfach alles erklärt. Das muss ich nicht weiter ausführen. Eines wäre mir aber noch wichtig. Nach meinem Kenntnisstand sind einige berufliche Schulen bereits jetzt im Haushalt verankert, die auf dieser vorgeschlagenen Prioritätenliste stehen. Wir fixieren jetzt diese 4,75 Stellen und gehen die Prioritätenliste dort, wo wir sie dann einsetzen, noch einmal dezidiert im Schulbeirat durch, nehmen diejenigen, die schon drin sind, raus, und können dann eventuell von unten nachrücken. Ich denke, das ist ganz pragmatisch, wie wir das sonst auch gemacht haben.

Stadtrat Jooß (FDP): Wir sind schon sehr gut aufgestellt mit flächendeckender Versorgung mit Schulsozialarbeit. Wir werden nicht einheitlich abstimmen. Ein Teil sieht vor allen Dingen prioritär die beruflichen Schulen. Ich denke, da liegt das größte Defizit. Wir stimmen natürlich der KULT zu in Antrag Nr. 350. Tom Høyem wird noch einige Äußerungen zur flächendeckend Schulsozialarbeit sagen. Wir stimmen für Antrag Nr. 350 mit zwei Personen. Tom Høyem wird sich outen.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich schließe mich dem Antrag der SPD, jetzt auch den GRÜNEN, an. Kollege Hofmann hat mir eigentlich schon das Wort vorweggenommen. Das ist genau die Einstellung, die mich dazu bewegt, auch mitzugehen. Mein Einblick in die Schulen und auch mit den Schulleitern, mit denen ich gesprochen habe, macht deutlich, dass wir hier Bedarf haben und dass man mit diesem Antrag diesem Bedarf gerecht wird. Für mich und für die Freien Wähler deshalb auch Zustimmung.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich möchte nur noch ergänzen, dass das, was Kollege Hofmann gesagt hat, zutrifft. Die drei beruflichen Schulen, die noch keine 100 % Stelle haben, sind von den Arbeitsförderungsbetrieben mit Schulsozialarbeiterstellen ausgestattet worden, weil bei den beruflichen Schulen nicht die Sozial- und Jugendbehörde, sondern die Arbeitsförderungsbetriebe zuständig sind. Deshalb haben wir hier dann ein Kontingent und können in den qualitativen Ausbau gehen. Ich freue mich, dass sich jetzt doch eine gute Zustimmung abzeichnet. Das wird den Schulen sicher sehr gut tun.

Stadträtin Uysal (SPD): Nur ganz kurz der Hinweis. Für Karlsruhe hat für die Werner-von-Siemens-Schule einen Antrag gestellt, falls die drei Berufsschulen, die wir auch hier einkalkuliert haben, in den Haushaltsberatungen bereits drin sind. Dann könnten wir diese Schule quasi in diesen 4,75 Stellen mit berücksichtigen. Aber das können wir im Schulbeirat noch einmal genauer besprechen.

Stadtrat Høyem (FDP): In allen Fraktionen kann man klar verschiedene Meinungen zu verschiedenen Themen haben. Meine 30 Jahre Erfahrung als Schulleiter sagt, dass die

Schulsozialarbeiter unglaublich wichtig sind und dass der Bedarf nicht gedeckt ist. Aber meine Kollegen in der Fraktion haben eine andere Meinung.

Der Vorsitzende: Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir alle vier Anträge zusammenfassen und erst einmal so zur Abstimmung stellen, dass wir 4,75 Personalstellen schaffen, dass wir in besonderer Weise die beruflichen Schulen und auch die Werner-von-Siemens-Schule abgedeckt sehen wollen, und dass Sie dann aber die Detailverteilung dieser Stellen dann im Schulbeirat bzw. in den Fachgremien regeln. Ich glaube, so können wir das zusammenfassen. Dann wird jetzt keiner besonders bevorzugt. Sie sind dann in der Lage, die angemessene Verteilung auch fachlich vorzunehmen.

Dann würde ich das so einmal zusammenfassen und zunächst einmal diese 4,75 Stellen zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **Mehrheit**.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich sagen, dass Sie dann im Schulbeirat relativ zügig klären, wie das verteilt werden soll.

(...)